



# Jahresbericht 2023

Europäisches Bürger:innen Forum



## Alles tun, was in unserer Ohnmacht steht

«Zeitenwende» ist das neue Modewort seit dem russischen Angriff auf die Ukraine vom 24. Februar 2022, so als ob sich die Zeiten von Natur aus wenden würden. So als ob wir nichts zu bestimmen hätten. War diese «Zeitenwende» nicht absehbar? Zum Beispiel als Russland 2014 die Krim besetzte und einen hybriden Krieg im Donbas begann? Hat nicht die Politik auf vielen Ebenen versagt? Auch bei der Corona-Pandemie und bei der Klimakrise? Oder soll uns dieses Gerede von der Zeitenwende nur willfährig machen, damit wir eine neue Hochrüstung akzeptieren? Und wie weit müssen wir diese in Kauf nehmen, um uns gegen totalitäre Regime wehren zu können? Oder gibt es Alternativen, womöglich politische Lösungen, um Blutvergiessen zu beenden oder zu verhindern?

Das Jahr 2023 warf mehr Fragen auf, als Antworten zu liefern. Doch eines ist sicher: Die Zeiten wenden sich nach rückwärts und treten viele Werte mit Stiefeln, die wir bisher hochgehalten haben. Wir befinden uns auf dem Weg zurück in die Barbarei. Wie ein Donnerschlag traf uns am 7. Oktober 2023 die Nachricht über die Massaker und Entführungen der Hamas im

israelischen Grenzgebiet zu Gaza. In der Folge ist die israelische Armee dabei, schlimmer als jemals zuvor, das palästinensische Gebiet zu zerstören und zehntausende Menschen zu töten. War diese «Zeitenwende» auch nicht absehbar? Ist sie nicht die Konsequenz eines jahrzehntealten Konflikts, vor dem die Welt die Augen verschlossen hatte? Und den verschiedene Mächte immer wieder anheizen?

Angesichts solcher schrecklichen Ereignisse lähmt uns die Ohnmacht. Der Aphoristiker Nikolaus Cybinski fragt in diesem Zusammenhang: «Ob es der Welt nicht vielleicht doch gut täte, wenn wir endlich anfangen, alles in unserer Ohnmacht Stehende zu tun?»

Das klingt paradox, doch die Wortänderung von Macht zu Ohnmacht lädt zu Kreativität ein. Ohnmacht muss nicht lähmend sein. Auch wir, die ohnmächtig sind, können etwas tun – oft mehr, als wir meinen. Diese Überlegung trifft gut auf unsere langjährige Arbeit im Europäischen Bürger:innen Forum zu: Wir bringen verschiedenste «ohnmächtige» Menschen und Initiativen zusammen und stärken uns ge-

genseitig. Und wir geben Werte wie grenzenlose Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit nicht auf, auch wenn uns die «Zeitenwende» daran hindern will.

So haben wir uns wegen Israel und Gaza entschieden, dass wir uns nicht hinter irgendeine Fahne stellen wollen. Stattdessen begeben wir uns auf die Suche nach gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Friedensinitiativen von Israelis und Palästinenser:innen, gerade weil sie jetzt einer grossen Zerreissprobe ausgesetzt sind. Wir sind überzeugt: Es gibt ein anderes Israel jenseits der derzeitigen menschenverachtenden Regierung und es gibt ein Palästina jenseits des schrecklichen Terrors der Hamas, der nicht als Akt der Befreiung gefeiert werden darf. In Europa ist ein Dialog zwischen jüdischen Bürger:innen, der palästinensischen

Diaspora und Kriegsgegner:innen verschiedener Herkunft ebenfalls bitter nötig.

Wir können auch hier alles in unserer Ohnmacht Stehende tun, um Menschen zusammen zu bringen – dies mit unsicherem Ausgang, wie wir alle wissen. Aber versuchen sollten wir es.

Das Team vom Europäischen Bürger:innen Forum (EBF)  
Basel, im Juni 2024



EBF-Treffen im März 2024 in Nikitsch (in Österreich an der Grenze zu Ungarn) mit Aktivist:innen aus Bosnien, Kroatien, der Ukraine, Österreich, Rumänien, Frankreich, der Schweiz und Deutschland.

# Krieg in der Ukraine

Der Einsatz für die betroffenen Menschen des Krieges in der Ukraine ist zu einem Hauptschwerpunkt für das Europäische Bürger:innen Forum geworden.

Seit der Unabhängigkeit des Landes 1991 wurden direkte Kontakte geknüpft und nach und nach verlässliche Partner:innen vor Ort gefunden, die jetzt aktiv sind: für Evakuierungen, interne Geflüchtete, Kriegsgefangene, traumatisierte Kriegsoffer sowie ökologische Belange.

Das EBF unterstützt alle diese Initiativen mit Nachdruck.





## Psychologische Hilfe für kriegstraumatisierte Menschen

Unser Schwerpunkt in der Ukraine lag im Berichtsjahr bei der Unterstützung von psychologischer Hilfe für kriegstraumatisierte Menschen. Das befreundete «Komitee für medizinische Hilfe in Transkarpatien» (CAMZ) organisierte vor Ort ein landesweites Treffen mit ukrainischen Fachleuten, zu welchem wir internationale Expert:innen einluden – ein erster Austausch für eine langfristige internationale Zusammenarbeit.

Mehrere zivilgesellschaftliche Initiativen in der Ukraine betreuen kriegstraumatisierte Kinder und Jugendliche mit einem künstlerisch therapeutischen Ansatz. Nastya Malkyna und Genia Koroletov, zwei junge Künstler:innen und Binnenflüchtlinge, veranstalten Workshops mit Kindern vor allem in der ostukrainischen Stadt Kramatorsk. Im Mittelpunkt dieses Projekts stehen Postkarten, die von den Kindern gestaltet werden. Mitten in der Katastrophe versuchen die Künstlerinnen einen Freiraum zu schaffen, um seelische Verletzungen kreativ verarbeiten zu können. Wir luden die beiden Künstlerinnen in die Schweiz ein und

im Oktober und November des Berichtsjahres fand die Ausstellung «Vidkrytky» in Basel statt, mit der sie ihre Arbeit vorstellten.

Ende November lancierten wir einen Aufruf zur finanziellen Unterstützung von kreativen Camps für traumatisierte Kinder und Jugendliche – von so genannten «Art-Camps» –, die von der Hilfsinitiative Base-UA organisiert werden. Die jungen Teilnehmer·innen sind aus den umkämpften Gebieten vor den Bomben geflohen, manchmal mehrmals. Oft haben

sie Familienangehörige verloren. In den Camps schöpfen die schwer belasteten Kinder und Jugendlichen wieder Lebensmut und werden psychologisch gefestigt. Pädagog·innen, Psycholog·innen und Künstler·innen helfen ihnen dabei. Die Camps werden in der Westukraine organisiert – dort, wo keine Bomben fallen. In dem Karpatendorf Nischnje Selischtsche verwaltet der von uns unterstützte Verein Molotok ein Jugendgästehaus. Hier wurden im Berichtsjahr erste Lager mit Erfolg durchgeführt. Die Idee der Art-Camps stiess auf ein grosses Interesse in unserem Unterstützungskreis in der Schweiz.

## Freiheit für Maxim Butkewitsch

Im Juni 2022 wurde der ukrainische Journalist und Menschenrechtsaktivist Maxim Butkewitsch, mit dem wir schon lange befreundet sind, vom russischen Militär gefangen genommen. Schockiert vom Grossangriff Russlands gegen sein Land hatte er sich freiwillig zur ukrainischen Armee gemeldet. Zunächst war sein Verbleib für mehrere Monate unbekannt, dann konnte er endlich ein Lebenszeichen von sich geben. Auf groben Lügen basierend wurde er am 10. März im Berichtsjahr von einem Gericht im russisch besetzten

Luhansk zu 13 Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt. Maxim Butkewitsch ist dem russischen Präsidenten ein Dorn im Auge, weil er regelmässig dessen Regime und Propaganda entlarvt hat.

Wir beteiligen uns aktiv an der internationalen Kampagne für seine Freilassung. In einer gemeinsamen Aktion mit dem Netzwerk Schweiz-Transkarpatien/Ukraine (NeSTU) und der ukrainischen Folkmusik-Gruppe «Hudaki Village Band»

organisierten wir am 31. März eine musikalische Mahnwache vor dem Bundeshaus in Bern – mit dem Ziel, den Vorsteher des Eidgenössischen Departements für äussere Angelegenheiten, Bundesrat Ignazio Cassis, dazu aufzufordern, sich für die Freilassung von Maxim Butkewitsch und anderen Ukrainer·innen aus russischer Gefangenschaft einzusetzen. Mehrere Dutzend Menschen aus der ganzen Schweiz nahmen an diesem Anlass teil, und ein Brief zu Händen von Bundesrat Cassis konnte im Bundeshaus abgegeben werden.



## Einsatz gegen den Ökozid

Unser Engagement für den Schutz des Naturgebiets auf dem Bergmassiv Svydovets in den ukrainischen Waldkarpaten – zusammen mit dem Komitee «Free Svydovets» – ging weiter. Die Oligarchen, die hinter der Planung eines gigantomanischen Ski-Resorts stecken, wollen dieses sogar noch vergrössern – und dies während des Krieges und zum Preis der Zerstörung einer einmaligen Naturlandschaft. Die ökologischen Aktivist·innen kämpfen sowohl für den Erhalt

von Svydovets als auch gegen den gesamten derzeit stattfindenden Ökozid in der Ukraine, der grösstenteils durch den Krieg verursacht wird. Mit unseren Partner·innen zusammen werden wir regelmässig bei den europäischen Instanzen vorstellig, so auch im Berichtsjahr. Gemeinsam fördern wir die Berücksichtigung von ökologischen Kriterien für einen möglichen Wiederaufbau anstatt die Förderung von umweltschädlichen Megaprojekten.

# Migration & Ausbeutung

Das Plastikmeer von El Ejido bleibt das Zentrum der industriellen Gemüseproduktion in Europa und setzt auf schonungslose Ausbeutung von Menschen und Ressourcen.

Diejenigen, die sich als Tagelöhner:innen in den Plastiktunnels verdingen müssen, sind meist Geflüchtete und Sans-Papiers. Sie finden in Europa nicht den ersehnten Frieden, sondern Ausbeutung, Abhängigkeit und Lohnbetrug.

Diese Missstände existieren in vielen Ländern Europas. Das Europäische Bürger:innen Forum unterstützt Gewerkschaften, Komitees und Kampagnen gegen die moderne Sklaverei.







# Spanien

## Im Plastikmeer von El Ejido

Seit über zwanzig Jahren betreibt die unabhängige Landarbeiter·innen-Gewerkschaft SOC-SAT insgesamt drei Gewerkschaftsbüros in Almeria, El Ejido und Nijar. Diese Beratungs- und Anlaufstellen waren eine Antwort auf das Pogrom gegen marokkanische Landarbeiter·innen im Jahr 2000. Wir finanzierten den Aufbau und Betrieb dieser Orte zusammen mit einzelnen anderen Organisationen. Täglich kommen Menschen in die Anlaufstellen und suchen Hilfe. Denn oft werden nicht einmal die kläglichen 900 Euro pro Monat ausgezahlt, die für 12 bis 13 Stunden Arbeit pro Tag, sieben Tage die Woche, verdient wurden.

Die Gewerkschafter·innen nehmen sich dieser Menschen an, machen bei Missbräuchen Druck auf die Patrons oder streben, falls nötig, Klagen gegen die Arbeitgeber·innen an. Ohne die Gewerkschaft ist es für die Arbeiter·innen fast unmöglich, zu ihrem Recht zu kommen. Sie sind billige Arbeitskräfte, die zwar während der Covid19-Pandemie als «wesentlich» eingestuft wurden, aber dennoch in sehr prekären Verhältnissen leben müssen. Nicht nur wirtschaftlich werden sie ausgebeutet, sondern auch gesundheitlich gefähr-

det, da sie immer wieder Opfer von Arbeitsunfällen werden. Dies ist ein Thema, das öffentlich kaum angesprochen wird, aber uns zunehmend Sorgen bereitet. Ein trauriges Beispiel ist der Unfall eines Arbeiters, der in einer Recyclinganlage für landwirtschaftlichen Plastikmüll von einer Pressmaschine erdrückt wurde. Die SOC-SAT prangert den Mangel an Schulungen zur Sicherheit am Arbeitsplatz und den laxen Umgang der Arbeitgeber·innen mit diesem Thema an. Verletzte Arme oder Beine und ungeschützter Kontakt mit Chemikalien in den Gewächshäusern gehören zum Alltag. Wir informierten die europäische Öffentlichkeit im Berichtsjahr über diese unhaltbaren Zustände.

Im Jahr 2023 gewann die SOC-SAT die Auseinandersetzung mit dem Salat-Riesen Primaflor/Mimaflor. Das Unternehmen empfängt hohe Subventionen der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik der EU) und ist ein enormer Wasserverbraucher. Der Betrieb ist ein haarsträubendes Beispiel für den Missbrauch von Labels, denn der Konzern konnte sich nach aussen mit den Labels «Corporate Social Responsibility» (CSR) und Global G.A.P (Good Agriculture Practice) schmücken. Auf den wiederholten Druck der Gewerkschaft hin besuchte die Arbeits-

aufsichtsbehörde das Unternehmen und bestätigte die Vorwürfe: kein Recht auf bezahlten Urlaub, keinen Stundenplan, d. h. die Beschäftigten können zu Überstunden gezwungen oder je nach den Bedürfnissen des Unternehmens angefordert werden, ohne dafür eine Bezahlung zu bekommen. Ausserdem kam es zu Repressalien und Einschüchterungen gegenüber Gewerkschaftsvertreter:innen. Eine SOC-SAT-Vertreterin wurde missbräuchlich entlassen, weil sie ihre Rechte einforderte. Ein Gerichtsverfahren, um die Nichtigkeit dieser Entlassung zu erreichen, wurde angestrebt. Gleiche Auseinandersetzungen gab es mit anderen Agrarriesen, zum Beispiel mit Agrupapulpi. Die 1500 Beschäftigten (Produktion und Verkauf) waren mit ganz ähnlichen Missständen konfrontiert.

Im Januar 2023 protestierte die SOC-SAT gegen die Räumung des Elendsviertels Walili in Nijar und dessen Abriss, wobei über 450 Migrant:innen ohne alternative Unterkünfte auf der Strasse landeten. Grosse Demonstrationen gab es gegen die ständigen Stromausfälle im Arbeiterviertel El Puche in Almeria und die unzureichende Müllentsorgung durch die Stadt.

Wir unterstützten die gesamte Arbeit der Gewerkschaft im Plastikmeer von Almeria auch in diesem Jahr nach Kräften.



Noch hunderte Kilometer von El Ejido entfernt: Plastikabfall überall.



Yasmine T. kämpft für ihre Rechte.

# Frankreich

## CODETRAS - Die Not der Leiharbeiter·innen

Seit Jahrzehnten arbeiten Tausende von Migrant·innen nicht nur in Südspanien, sondern auch im Süden Frankreichs unter unmenschlichen Bedingungen. Zwielfichtige Leiharbeitsfirmen, wie die 2021 verurteilte Firma Terra Fecundis, sorgen in Europa für billiges Obst und Gemüse. Dank unserer Partnerorganisation CODETRAS\* sind in den letzten Jahren vermehrt die Nichteinhaltung von obligatorischen Leistungen wie die Bezahlung von Überstunden und Respektierung von Pausen, den miserablen Wohnbedingungen oder die exemplarische Bestrafung von rebellischen Arbeiter·innen ans Tageslicht gekommen.

Zusammen mit CODETRAS unterstützten wir auch im Berichtsjahr ehemalige Landarbeiter·innen wie Yasmine T. finanziell und persönlich, die den Mut aufbringen, sich gegen die Missstände zu wehren und deshalb grossen Anfeindungen ausgesetzt sind. Dank hartnäckiger juristischer Arbeit bekam Yasmine T. von einem französischen Gericht 20'000 Euro Entschädigung zugesprochen. Da die verurteilte Firma jedoch Konkurs angemeldet hat, ist es völlig unsicher, ob sie jemals dieses Geld bekommen wird.

Gegen Ende der Erntesaison des Berichtsjahres entstand in der Region

Bouches-du-Rhône eine starke Mobilisierung von siebzehn marokkanischen Arbeitern, die nie bezahlt worden waren. CODETRAS half ihnen bei der rechtlichen Auseinandersetzung, der Beantragung von Papieren und beteiligte sich an einem Spendenaufruf zur Unterstützung ihrer Familien. Es ist ein Erfolg, dass dieser Protest überhaupt stattfinden konnte.

Die von uns unterstützte Beratungsstelle für Landarbeiter·innen in Beaucaire (Departement Gard) wurde stark in Anspruch genommen, vor allem von Menschen aus Lateinamerika. Um mehr Helfer·innen und Berater·innen auszubilden, wird ein kon-

tinuierliches Ausbildungsprogramm durchgeführt.

Mit CODETRAS haben wir die Veränderungen der Arbeitsmigration in den letzten zwanzig Jahren genau beobachtet und sind inzwischen auch für viele Medien zur am besten informierten Quelle geworden. Im Berichtsjahr hat CODETRAS zwei Vernetzungstreffen mit anderen Gruppen in der Dordogne (Weinbau) und in der Bretagne (Obst- und Gemüsebau) organisiert.

\* Collectif de Défense des Travailleurs Saisonniers: Kollektiv zur Verteidigung der migrantischen Arbeiter·innen in der Landwirtschaft (in den Bouches-du-Rhône).



Janeth M. engagiert sich in der Anlaufstelle in Beaucaire für die Ausgebeuteten.

# Flucht & Exil

Überall an den Grenzen und Rändern Europas treffen wir auf Initiativen von Menschen, die selbstlos Geflüchteten und Migrant·innen helfen.

Sie stehen im Widerspruch zur Gewalt an den Mauern der Festung Europa und leisten Widerstand gegen die Unmenschlichkeit, die mehr und mehr zur Gewohnheit wird.

Das Europäische Bürger:innen Forum fördert und begleitet solche Initiativen über die Grenzen hinweg.



# Frankreich

## Hilfe für Flüchtlinge in Bergnot

Viele Flüchtende aus Kriegs- und Krisenländern versuchen unter Lebensgefahr von Italien ausgehend die französischen Alpen zu überqueren, um an einen sicheren Ort zu gelangen. Sie haben keine andere Wahl, denn die offiziellen Grenzen – vom Brenner über Chiasso bis Ventimiglia – sind für die Schutzsuchenden abgeriegelt. Auf dem Alpenpass «Col de Montgenèvre» oberhalb der Stadt Briançon kommt es wiederholt zu schrecklichen Szenen. Ganze Familien, Kinder und auch schwangere Frauen sind mit meist völlig ungenügender Berg- und Winterausrüstung unterwegs, werden von der Grenzpolizei gejagt und oft nach Italien zurückgeschafft. Verschiedene Initiativen und Aktivist:innen, die sich «Les maraudeurs» nennen, organisieren nächtliche Patrouillen, um Geflüchtete in Bergnot zu retten. Auch sie werden ständig von der Polizei bedrängt.



Im Berichtsjahr unterstützten wir eine Gruppe von jungen Bergretter:innen mit finanziellen Mitteln und bergtauglichem Material, das wir in der Schweiz sammeln konnten.

## Bio-Produkte nicht nur für «Reiche»

Verschiedene landwirtschaftliche- und gartenbauliche Projekte in Südfrankreich produzieren Bio-Lebensmittel, von denen sie einen Teil an bedürftige Menschen gratis abgeben, darunter an Geflüchtete in so genannten «Squats» (besetzte

leerstehende Gebäude) von Marseille bis Briançon. Wir unterstützen diese Projekte nachhaltig und beteiligen uns aktiv an ihnen.

# Schweiz, Kroatien und Bosnien

## Gegen Ausschaffungen nach Kroatien

Wenn Migrant·innen versuchen, von Bosnien aus die kroatische EU-Aussengrenze zu überqueren, werden sie von der Grenzpolizei auf das Schwerste misshandelt. In Kroatien angekommen, sind sie oft weiteren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Deshalb sind Ausschaffungen von Asylsuchenden aus der Schweiz in dieses Land unverantwortlich. Wir beteiligten uns an der Kampagne #StopDublinCroatia, in der mehrere nichtstaatliche Organisationen (NGO) zusammengeschlossen sind, um gegen diese Massnahme zu protestieren. Mit einer Briefaktion wollten wir die damalige Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements und somit die oberste Verantwortliche für Asylfragen, die Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, dazu bewegen, die Ausschaffungen zu stoppen. Über 1000 Personen beteiligten sich an dieser Briefaktion. Der Brief zum Unterschreiben wurde auch der Wochenzeitung WOZ und dem «Courrier de Genève» beigelegt, um noch mehr Reaktionen zu bekommen und um neue Unterstützer·innen zu gewinnen.





## Preisverleihung «Offene Alpen» in Bern

Vor demselben Hintergrund organisierten wir\* am 15. Juni die Verleihung des Schweizer Menschenrechtspreises «Offene Alpen» an die beiden kroatischen Initiativen «Are You Syrious?» (AYS) und «Centre for Peace Studies» (CMS) in Bern. Sie wurden für ihr mutiges Engagement gegenüber Geflüchteten ausgezeichnet und erhielten ein Preisgeld von je 6000 Franken. Die beiden Organisationen leisten u.a. Not- hilfe, juristische Beratung, psychologische Betreuung und unterstützen Border Monitoring.

\*Der Preis geht auf den verstorbenen Flüchtlingspfarrer Cornelius Koch zurück und wird von dessen Freundeskreis und vom EBF verliehen.

## Aufklärungsarbeit in der Schweiz

Vor der Preisverleihung luden wir zu einer Medienkonferenz ein, an der die Vertreterinnen der Preisträger·innen aus Kroa- tien präsent waren. Zusätzlich konnten wir mehrere Tref- fen zwischen Parlamentarier·innen und ihnen vereinbaren. Überraschenderweise kam auch ein persönlicher Termin mit



**Claude Braun (EBF) übergibt den Preis an Anamaria Macanović (AYS), Andrea Jelovčić (CMS) und Suzana Rendulić (AYS).**

Frau Christine Schraner-Burgener zustande, der Chefin des Staatssekretariats für Migration (SEM). Unsere kroatischen Gäste schilderten bei allen Anlässen und Gesprächen ihre Erfahrungen mit der unhaltbaren Situation für Geflüchtete in ihrem Land und rieten von weiteren Ausschaffungen ab.



Dženan, Alma und Ajdin von der Hilfsinitiative Rahma versorgen Geflüchtete im bosnischen Grenzgebiet zu Kroatien mit dem Nötigsten.

## Hilfe in Bosnien...

Neben den beiden kroatischen NGO unterstützten wir im Berichtsjahr verstärkt lokale Hilfsinitiativen für Migrant·innen in Bosnien – Rahma in Velika Kladuša und Kompas 071 in Sarajevo – und die internationalen Helfer·innen von «No Name Kitchen». Dies war umso dringender, weil das Elend auf der Balkanroute angesichts des Ukraine-Krieges in Vergessenheit zu geraten drohte.

## ... und in der Schweiz

Hierzulande waren wir wiederum mit vielen Notfällen konfrontiert, bei denen wir unkonventionell weiterhelfen mussten. Dabei handelt es sich oft um die Suche einer Lösung für Sans Papiers oder abgelehnte Asylbewerber·innen. Im Berichtsjahr unterstützten wir zudem verschiedene Komitees und kleine Organisationen, die sich politisch, juristisch und menschlich für hier angekommene Geflüchtete einsetzen.

# Italien

## Der Wille zur Zerstörung von «Riace»

«Die Utopie der Normalität», so nannte Domenico Lucano, der ehemalige Bürgermeister von Riace, den Empfang von Geflüchteten in seinem süditalienischen Dorf. Er hatte damit der Welt gezeigt, dass ein menschlicher Empfang von Schutzsuchenden möglich und sogar einfach machbar ist. Dieses Beispiel war den Fremdenfeinden in der italienischen Regierung ein Dorn im Auge und so versuchten sie, mit Gerichtsverfahren das «Modell Riace» zu zerstören. Ein Gericht in Locri (Kalabrien) verurteilte Domenico Lucano im Jahr 2021 in erster Instanz wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung sowie wegen Betruges, Veruntreuung, Amtsmissbrauchs und der Bildung einer kriminellen Vereinigung zu 13 Jahren Gefängnis. Ein Teil der Mitangeklagten wurde ebenfalls zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

## Eine grosse Erleichterung

Am 11. Oktober im Berichtsjahr hob das Berufungsgericht in Reggio Calabria das erstinstanzliche Urteil auf. Fünfzehn der siebzehn Angeklagten wurden bedingungslos freigesprochen. Domenico Lucano wurde wegen eines geringfügigen Verwaltungsdelikts zu einem Jahr und sechs Monaten Haft auf Bewährung verurteilt, eine seiner Mitarbeiterinnen zu einem Jahr. Wir beteiligten uns von Anfang an der Solidaritätskampagne für Riace und Domenico Lucano und organisierten wiederholt Delegationen vor Ort. Dass das erstinstanzliche Urteil derart revidiert wurde, kann als Erfolg dieser internationalen Solidarität gewertet werden und hat alle erleichtert.



# Deutschland

## Aufbau eines antifaschistischen Netzwerkes

Das Europäische BürgerInnen Forum in Deutschland hat seinen Sitz im ländlichen Gebiet von Mecklenburg-Vorpommern auf dem Hof Ulenkrug von Longo maï und ist zum einen mit der Abwanderung der lokalen Bevölkerung, dem Verkauf von riesigen Flächen Land an grosse Investoren und der Umweltbelastung durch die industrielle Landwirtschaft konfrontiert.

Zum anderen ist in einem Teil der Bevölkerung (Einheimische und Zuzüger:innen aus dem Westen) Fremdenfeindlichkeit und Rassismus stark verbreitet. Zu diesem Bild gehören auch militante Neonazis. In dieser gespannten Situation setzten wir uns im Berichtsjahr für Geflüchtete und Migrant:innen in der Region ein. Wir besuchten Menschen in den abgelegenen Flüchtlingsheimen, luden sie ein und berieten sie. Es geht darum, die Isolation der Geflüchteten zu durchbrechen und sie über ihre Rechte aufzuklären.

Wie jedes Jahr demonstrierten wir am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, mit regionalen und überregionalen Initiativen gegen den so genannten «Trauermarsch» von Neonazis in Demmin. Mit regelmässigen Kontakten nach Rostock, Greifswald und Berlin ist ein breites antifaschistisches Netzwerk am Entstehen.



# Marokko

## Rabat - Schutz für die Verletzlichsten

Frauen, die aus afrikanischen Ländern in Richtung Europa migrieren, haben die Sahara durchquert und auf ihrer Flucht ungeheuerliche Gräueltaten erlitten. Frauen erleben unterwegs viel mehr Gewalt als Männer. In Marokko, dem letzten Land vor Europa, finden sie oft keine Unterkunft; Gewalt und Ausbeutung gehen weiter.

Das erste «Rasthaus für geflüchtete Frauen» mit Namen «Baobab» wurde 2015 von ARCOM (Association des Réfugiés et Communautés migrantes) in Rabat angemietet. Das Rasthaus besteht aus mehreren Wohnungen in denen jeweils zehn Frauen vorübergehend wohnen können, um ihre weitere Zukunft zu planen. Die Nachfrage ist enorm.

Das EBF unterstützte im Berichtsjahr das bestehende Projekt und finanzierte die Anmietung einer zusätzlichen Wohnung.



# Lebensgrundlagen & Autonomie

Die Katastrophen häufen sich - verursacht durch den Raubbau an den Ressourcen unseres Planeten und durch den Klimawandel.

Das Europäische Bürger:innenforum gibt Gegensteuer mit der Unterstützung von ökologischen Widerstandsbewegungen sowie biolandwirtschaftlichen und sozialen Projekten.



Die Bekaa-Ebene im Libanon: Hier feilen engagierte Menschen von Buzuruna Juzuruna aus dem Libanon und Europa mit syrischen Geflüchteten an einer gemeinsamen, friedlichen Zukunft.



# Libanon

## Buzuruna Juzuruna - Die Samen sind unsere Wurzeln

Buzuruna Juzuruna (BJ) ist das erste Projekt im Libanon, in dem bäuerliche Gemüse-, Getreide-, und Blumensamen gewonnen werden, mit einer inzwischen grossen eigenen Samenbank. Die Gruppe gibt Kurse in Agrarökologie, sie verschenkt Samen und Setzlinge an Geflüchtete und sie lebt eine grenzenlose politische Utopie der Verständigung. Vor sechs Jahren gegründet, arbeiten heute rund zwanzig Menschen aus dem Libanon, Syrien und Frankreich gemeinsam in diesem Projekt in der Bekaa-Ebene.

Im Berichtsjahr organisierte BJ neben ihren alltäglichen Aktivitäten ein Getreidefest, an dem das EBF mit einer Delegation aus Europa teilgenommen hat. Bei dieser Gelegenheit wurden Lösungen gesucht, um den explodierenden Brotpreisen etwas entgegenzusetzen zu können. Durch den Krieg gegen die Ukraine und die Nachwehen der furchtbaren Explosion im Hafen von Beirut, musste die Weltbank teilweise das Brot subventionieren. Bereits im Vorjahr konnte viel Saatgut von regionalen Getreidesorten produziert werden

und dank der finanziellen Unterstützung des EBF wurden 12 Hektar Land im Berichtsjahr gepachtet und bestellt.

Etwa die Hälfte der rund 1.5 Millionen aus Syrien in den Libanon geflüchteten Menschen befindet sich in der Bekaa-Ebene. Die Gegend ist von industrieller Landwirtschaft geprägt und viele Geflüchtete leben und arbeiten hier unter sehr schweren Bedingungen. Die Lage für die syrischen Geflüchteten hat sich inzwischen verschärft. Militäreinheiten dringen öfters in Flüchtlingslager ein, entweder um die Menschen einzuschüchtern oder aber um Einzelne von ihnen exemplarisch nach Syrien abzuschieben. Das sind keine guten Zeichen, aber umso mehr sind konkrete Beispiele lokaler Entwicklung und gegenseitiger Hilfe eine Hoffnung, an der es sich lohnt, festzuhalten. Buzuruna Juzuruna hat nicht aufgegeben, an eine friedliche Entwicklung zu glauben und diese beharrlich zu gestalten. Wir unterstützen das Projekt seit Beginn an finanziell und informieren die Öffentlichkeit.





Faiqa ist die Leiterin des Saatgutraums und kümmert sich um alles, was mit der Inventur, dem Eintüten und der Lagerung des Saatguts zu tun hat. Dazu gehört auch das Säubern, wie hier auf dem Bild zu sehen.

# Aktivitäten in Ländern Europas

## Klimakrise und Landnahme

Wir unterstützten im Berichtsjahr ökologische Widerstandsgruppen sowie den Aufbau von selbstverwalteten biolandwirtschaftlichen und ökologisch-sozialen Projekten in Deutschland, Frankreich, Österreich und in der Schweiz. Wir versuchen damit, einen Beitrag für die Erhaltung der Lebensgrundlagen und gegen die Klimakrise zu leisten.

Vom 26. August bis zum 3. September im Berichtsjahr fand in der Nähe von Bure (Departement Meuse, Grand Est) das Erste Treffen der «Bauern- und Landkämpfe» (Luttes paysannes et rurales) statt, das von uns mitfinanziert wurde. Über tausend Menschen aus fast 20 Ländern nahmen an diesem selbstorganisierten Camp teil. Es war eine sehr konstruktive Zusammenkunft, die einen wichtigen Teil ihrer Ziele erreichen konnte: die Stärkung des Engagements gegen den geplanten Bau einer Atommülldeponie in der Region, die Überwindung von Spaltungen in-

nerhalb der Bewegung sowie erste Schritte für den Aufbau einer lebensfähigen Praxis von bäuerlicher Landwirtschaft.

In Rumänien ging der von uns unterstützte Kampf gegen Landgrabbing weiter. Ein in Liechtenstein notierter Grossinvestor eignet sich im Hügelland nahe Sibiu grosse Landflächen an, zäunt sie ein und stellt Angus-Rinder darauf. Das «Karpaten Meat» kommt als auf «naturbelassenen Weiden» produziertes Fleisch in den Verkauf. In Wirklichkeit wird die Natur durch die in Rumänien unüblichen Einzäunungen\* sowie die Mono-Viehzucht samt aller Folgen ihrer Vielfalt beraubt.

\*Traditionell wurden die Herden (ohne Zäune) gehütet. Durch die Einzäunungen werden wilde Tiere daran gehindert, sich frei zu bewegen, wodurch bestimmte Arten vom Aussterben bedroht werden. Auch die Pflanzenvielfalt ist bedroht.



«Ohne Atomkraft wird unsere Erde leben», Abschlussdemonstration des Treffens in Bure.



# Schutz vor Willkür & Repression

Engagierte Menschen in emanzipatorischen Bewegungen werden weltweit kriminalisiert.

Sie sind der Repression von staatlicher Gewalt sowie juristischer Willkür ausgesetzt. Sie brauchen unseren Schutz.





# Kolumbien

## Zugang zur Justiz für alle!

Von April bis Juli 2021 gingen in Kolumbien hunderttausende Menschen auf die Strasse. Sie forderten soziale Gerechtigkeit, einen gesellschaftlichen Wandel und ein Ende der systemischen Gewalt. Eine so noch nie da gewesene Volksbewegung war entstanden. Doch die Proteste wurden mit brutaler Gewalt niedergeschlagen: Zahlreiche Menschen wurden getötet, hunderte verletzt, inhaftiert und gefoltert; viele werden vermisst. Weil wir seit Jahren mit Menschen, Bewegungen und Projekten in Kolumbien verbunden sind, überlegten wir, was wir tun könnten.

Eine dortige Freundin machte uns auf die Menschenrechtsorganisation «Temblores» (Beben) aufmerksam, die wir seither finanziell unterstützen. Die Jurist·innen und Ak-

tivist·innen von «Temblores» dokumentieren die Fälle von missbräuchlicher Gewalt durch Polizei und Armee und leisten den Opfern dieser staatlichen Gewalt rechtlichen Beistand. Die Organisation setzt sich zudem für eine umfassende Polizeireform ein.

Im Berichtsjahr bekamen wir eine Anfrage von «Temblores» zur Finanzierung eines Busses, mit dem ein juristisches Team regelmässig durch das ganze Land reisen will, um seine Rechtsdienstleistungen kostenlos auch in benachteiligten Gemeinden und für diskriminierte Personen sowie ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen anzubieten – mit dem Ziel, ihnen einen Zugang zur Justiz zu gewährleisten. Dieses neue Projekt heisst «La Temblorosa» und kam durch unsere Finanzierung zustande.

# Türkei

## Prozessbeobachtung für Pinar Selek

Seit 25 Jahren versucht der türkische Staat das Leben von Pinar Selek – Schriftstellerin, Soziologin, Feministin und Kämpferin gegen Machismus und Militarismus – zu zerstören. Am 25. Januar 2017 forderte der türkische Generalstaatsanwalt – nach 4 Freisprüchen vor Gericht – zum 5. Mal eine lebenslängliche Haft. Der auf Lügen aufgebaute Prozess sollte also wieder aufgenommen werden.

Im Jahr 1998 war das erste Verfahren gegen sie eingeleitet worden, als sie sich weigerte, die Namen der Kurdinnen und Kurden zu nennen, die sie für ihre soziologische Forschung interviewt hatte. Der damalige Vorwand, um sie zu verhaften: Sie hätte ein Bombenattentat auf den Gewürzmarkt von Istanbul verübt – eine Anschuldigung, die inzwischen mehrfach widerlegt werden konnte. Sie kam für zweieinhalb Jahre ins Gefängnis und wurde gefoltert. Nach ihrer Freilassung ging sie bald ins Exil nach Frankreich.

Am 6. Januar des Berichtsjahres liess der Oberste Gerichtshof der Türkei plötzlich mitteilen, Pinar Selek drohe wegen des angeblichen Bombenattentats von 1998 wiederum lebenslange Haft. Ein internationaler Haftbefehl solle gegen sie erlassen werden. Eine Anhörung wurde für den 31. März anberaumt, an der jedoch die weitere Verhandlung auf den 29. September vertagt wurde.

Am 29. September des Berichtsjahres wurde im türkischen Justizpalast in Istanbul wiederum kein definitives Urteil



Pinar bei der Preisverleihung «Offene Alpen» 2019.

ausgesprochen. Der internationale Haftbefehl wurde jedoch bestätigt und es soll ein Auslieferungsgesuch an Frankreich gestellt werden. Pinar Selek ist jedoch inzwischen französische Staatsbürgerin und deshalb ist eine Auslieferung sehr unwahrscheinlich. Der Prozess wurde auf den 28. Juni 2024 verschoben.

Pinar Selek genießt eine breite internationale Solidarität. Bei beiden Gerichtsterminen waren zahlreiche türkische, französische und Schweizer Anwäl:innen, Volksvertreter:innen, Wissenschaftler:innen, Schriftsteller:innen, Gewerkschafter:innen, Universitätsprofessor:innen, eine Vertreterin des Schweizer Generalkonsulats und Gesandte verschiedener Menschenrechtsorganisationen anwesend. Vom Europäischen Bürger:innen Forum waren wir jeweils mehrere Prozessbeobachter:innen. Die internationalen Delegationen standen jeweils einem extremen Polizeiaufgebot gegenüber, konnten aber an den Anhörungen teilnehmen. Wir werden bis zum endgültigen Freispruch von Pinar Selek an den Gerichtsverhandlungen präsent sein.



Vor dem Justizpalast in Istanbul: Solidaritätsaktion von Anwältinnen und Aktivistinnen für Pinar.

# Nachruf auf zwei Freunde



Im Berichtsjahr haben uns zwei bekannte Persönlichkeiten und Mitstreiter für immer verlassen:

Jacques Gaillot (1935 - 2023) aus Frankreich: Er wurde 1995 als Bischof von Evreux von Papst Johannes Paul II abgesetzt und buchstäblich in die Wüste geschickt. Denn er war zu unbequem für die französische Regierung und den Vatikan. Zum Bischof von «Partenia» ernannt, einem seit dem 4. Jahrhundert verschwundenen Bistum in Algerien, schuf er eine Internet-Plattform mit gleichem Namen und engagierte sich fortan für die Rechte von Obdachlosen, Gefangenen und Sans Papiers. Wenn wir ihn anfragten, eine unserer Aktionen zu unterstützen, war er zur Stelle: unkompliziert, bescheiden und warmherzig.

Dick Marty (1945 - 2023) aus der Schweiz: In seiner langen Karriere war er Staatsanwalt, Regierungsrat und Ständerat im Kanton Tessin sowie Abgeordneter der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Er packte viele heisse Eisen an, war unbequem und unbestechlich. Wir lernten Dick Marty persönlich kennen, als wir 2012 zusammen in die Ukraine reisten, um den Schweizer Menschenrechtspreises «Offene Alpen» an das «Komitee für medizinische Hilfe in Transkarpatien» (CAMZ) zu übergeben. Diese gemeinsame Reise war der Anfang einer anhaltenden Freundschaft und Zusammenarbeit.



Wir vermissen diese beiden Freunde und werden versuchen, unser Engagement auch in ihrem Sinne fortzuführen.



## [ Archipel ]

### die Monatszeitschrift des Forum Civique

Archipel erscheint seit September 1993 elf Mal im Jahr auf Deutsch und Französisch in einer Auflage von ca. 5'000 Exemplaren. Die Zeitschrift wird zum Teil im Abonnement in Deutschland, Österreich, Frankreich und vor allem in der Schweiz vertrieben. Zusätzlich wird Archipel in Osteuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika an Kontakte

des EBF gratis verschickt, die sich ein bezahltes Abo nicht leisten können.

Archipel berichtet über die Aktivitäten des EBF und anderer Gruppen und Individuen, bringt Reportagen und Analysen über das politische Zeitgeschehen, aber auch Gedanken zu Geschichte und Philosophie.

Das Archipel-Archiv finden Sie unter:  
[www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org)

# [ Spenden ]

## **Langfristige Solidarität dank regelmässiger Beiträge:**

Das EBF will in Zusammenarbeit mit betroffenen Menschen langfristige Veränderungen bewirken. Mit regelmässigen Spenden helfen Sie, Anlaufstellen zu finanzieren, Information zu verbreiten, Beobachterdelegationen vor Ort zu entsenden, rechtliche Unterstützung zu gewähren, Solidaritätsnetze aufzubauen.

## **Kostensparendes Verfahren:**

Für jede Einzahlung auf ein Bank- oder ein Postscheckkonto verrechnen Bank oder Post Gebühren. Mit einem Dauerauftrag oder einem Lastschrift-Auftrag bei der Post (DD) oder bei Ihrer Bank (LSV) können Sie die Arbeit des EBF unterstützen und gleichzeitig mithelfen, Verwaltungskosten zu senken. Weder Ihnen noch dem EBF entstehen dadurch Kosten. Bei jeder Belastung werden Sie von Ihrer Bank oder der Post verständigt. Falls Sie es sich anders überlegen sollten, können Sie den Auftrag jederzeit rückgängig machen.

## Spendenkonto:

Spenden in CHF an:

PC 40-8523-5

IBAN : CH24 0900 0000 4000 8523 5

BIC : POFICHBEXXX

Spenden in Euro an:

Komitee Europ. Bürger:innenn

Forum Schweiz

BKB-EURO-KONTO

IBAN : CH56 0077 0016 5490 9272 8

BIC : BKBBCHBBXXX

Der Verein EBF ist in der Schweiz als gemeinnützig annerkannt und nimmt neben Spenden auch Erbschaften und Legate an.

# Adressen des EBF

## Schweiz:

Europäisches Bürger:innen Forum  
St.Johanns-Vorstadt 13  
Postfach  
CH-4001 Basel  
Tel.: +41-61-262 01 11  
E-Mail: [ch@forumcivique.org](mailto:ch@forumcivique.org)

## Österreich:

Hof Stopar  
Lobnik 16  
A-9135 Železna Kapla/Eisenkappel  
Tel.: +43-42 38-87 05

Mühle Nikitsch  
Berggasse/Travnik 26  
A-7302 Nikitsch/Filež  
Tel.: +43-650/34 38 378  
E-Mail: [at@forumcivique.org](mailto:at@forumcivique.org)

## Deutschland:

Hof Ulenkrug  
Stubbendorf 68  
D-17159 Dargun  
Tel.: +49-399 59-20 329  
E-Mail: [de@forumcivique.org](mailto:de@forumcivique.org)

## Ukraine:

Vul. Borkanyuka 97  
UA-90440 Nizhne Selishche  
Khust, Zakarpattia  
E-Mail: [ua@forumcivique.org](mailto:ua@forumcivique.org)

## Frankreich:

Hameau de St-Hippolyte  
F-04300 Limans  
Tel.: +33-492 73 05 98  
E-Mail: [fr@forumcivique.org](mailto:fr@forumcivique.org)

## Rumänien:

Joachim Cotaru  
Str. Bisericii 234  
RO-557168 Hosman (SB)  
E-Mail: [ro@forumcivique.org](mailto:ro@forumcivique.org)

[www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org)



Mit Ihrer Spende, einer Erbschaft oder einem Legat an das EBF  
helfen Sie mit, eine gerechtere Zukunft zu gestalten und das  
offene und freundliche Gesicht Europas zu zeigen.

Europäisches Bürger:innen Forum  
St. Johannis-Vorstadt 13  
Postfach  
CH-4001 Basel  
Tel.: +41 61 262 01 11  
E-Mail: [ch@forumcivique.org](mailto:ch@forumcivique.org)

**civique**  
**forum!org**